

Bericht über die Online-Einführungsveranstaltung eines Veranstaltungszyklus
der Überparteilichen Fraueninitiative zum Thema
Wann kommt die geschlechtergerechte Soziale Marktwirtschaft?
am 14. April 2021, 17.30 – 20.00 h

Wirtschaftswissenschaftliche Impulsreferate von:

- **Prof.in em. Dr. Friederike Maier**, HWRBerlin: „Soziale Marktwirtschaft in der Krise“
- **Prof.inDr. Aysel Yollu-Tok**,HWR Berlin, Direktorin HTMI: „Geschlechtergerechtigkeit in der Wirtschafts- und Sozialpolitik“

Mit dem Online-Plenum diskutierten über die Frage „Welche der vorgestellten Ansätze und Instrumente sollten/könnten künftig in die parlamentarische Arbeit eingebracht werden?“:

- **Derya Çağlar (SPD)**, Sprecherin für Gleichstellung, Abgeordnetenhaus Berlin
- **Barbara Baumbach (CDU)**, Mitglied im Bundesvorstand der Frauen Union der CDU Deutschlands sowie im Landesvorstand der Frauen Union der CDU Berlin

Einleitung

Die Pandemie hat wie ein Brennglas die fehlende gesellschaftliche und ökonomische Geschlechtergerechtigkeit zu Lasten der Frauen öffentlich bewusst gemacht — so wurde es auch mehrfach in der Veranstaltung betont. Die Überparteiliche Fraueninitiative sah, wie andere Organisationen auch, in diesem „Bewusstwerden“ eine Chance, überparteilich Kräfte zu mobilisieren und zu bündeln, um eine in der Demokratie schon sehr lange nicht hinnehmbare Ungerechtigkeit genauer zu analysieren und mit konkreten Forderungen für den politischen Raum „auszustatten“. Dazu gehörte im Mai 2020 die dringende Empfehlung für eine gender-bezogene wissenschaftliche Studie über Corona und die Folgen in Berlin, die an die für die Studie relevanten Ausschüsse des Berliner Abgeordnetenhauses und die entsprechenden Senatsressorts gerichtet wurde; im September 2020 wurde diese Empfehlung von den Koa-Fraktionen aufgenommen, im Parlament bestätigt und das WZB mit der Umsetzung beauftragt.

Und dazu gehört die Planung eines Veranstaltungszyklus zur strukturellen Benachteiligung von Frauen in der Sozialen Marktwirtschaft und zu Bedingungen und Instrumenten der Überwindung dieser Benachteiligung hin zu einer tatsächlich geschlechtergerechten Sozialen Marktwirtschaft. An vielen Punkten kann hier an den Kongresszyklus „Was ist Leistung“ angeknüpft werden, den die Überparteiliche Fraueninitiative von 2012 bis 2017 durchführte.

Einführungsveranstaltung des Zyklus „Wann kommt die geschlechtergerechte Soziale Marktwirtschaft?“

Technische Einführung und Begrüßung

Dr. Karin Reichel und ihre Kolleginnen, **Maria Fischer und Julia Römer, Frauencomputerzentrum Berlin**, geben Hinweise für die technische Durchführung und die technischen Beteiligungsmöglichkeiten für das Plenum und informieren in beruhigender Weise, dass sie jederzeit für technischen Support ansprechbar sind.

In ihrer Begrüßung und Einführung in die Veranstaltung weist **Carola v. Braun, Sprecherin der Überparteilichen Fraueninitiative**, daraufhin, dass ohne die engagierte inhaltliche und technische Unterstützung diese erste Online-Veranstaltung der Überparteilichen Fraueninitiative nicht möglich gewesen wäre. Sie dankt den Referentinnen, die sich schon in der Planungsphase in den Diskurs mit der internen Arbeitsgruppe des Vorstands begeben hatten, wobei Friederike Maier diese Arbeitsgruppe von Anfang an wissenschaftlich begleitete. Sie hebt hervor, dass beide Wissenschaftlerinnen sich seit langem für Geschlechtergerechtigkeit in einem Wissenschaftsfeld einsetzen, in dem Geschlechtergerechtigkeit so gut wie keine Rolle spielt. Sie dankt Helga Hentschel für die Übernahme der Moderation und dem Frauencomputerzentrum Berlin für die technische Planung und Begleitung.

Ein besonderer Dank gilt der SPD-Abgeordneten Derya Çağlar und dem Mitglied der Frauen Union der CDU, Barbara Baumbach; damit haben sich zwei Politikerinnen, die in Berlin Regierungs- und Oppositionspartei vertreten, für die Podiumsdiskussion zur Verfügung gestellt. Dass für das Podium nur zwei Politikerinnen eingeladen wurden, sei für die ÜPFI eher ungewöhnlich und dem Online-Format geschuldet, das zu kürzeren Veranstaltungen zwingt.

Bei einem Neujahrsempfang, so erläutert Carola v. Braun, würde jetzt eine ausführliche, differenzierte Begrüßung der Teilnehmerinnen erfolgen. Im Online-Format bliebe nur möglich zu betonen, wie sehr sich die Überparteiliche Fraueninitiative über die Resonanz auf die Veranstaltung freut; sie begrüßt pauschal die rund 80 Angemeldeten aus Parlament, Frauenverbänden und -projekten, Bildungsinstitutionen, Wirtschaft und Medien, einige davon aus anderen Städten zugeschaltet, und dankt ihnen, dass sie unserer Einladung gefolgt sind.

Mit dem Hinweis, dass Sequenzen der Veranstaltung aufgenommen und als Video nachverfolgt werden können und der Information, dass das Vorstandsmitglied **Dr. Pia Kaiser** den Chat-Verlauf im Rahmen der Podiumsdiskussion moderiert, übergibt Carola v. Braun das Wort an die **Moderatorin Helga Hentschel**.

Dem Zeitdruck des Formats folgend gibt die Moderatorin nach wenigen Einführungsworten an die Referentinnen weiter.

Die Impulsreferate

Die Präsentationen beider Referate werden auf der Website der Überparteilichen Fraueninitiative nachzulesen sein, so dass hier nur einige Aspekte hervorgehoben werden.

Professorin Dr. Friederike Maier: „Soziale Marktwirtschaft in der Krise“

Im ersten Abschnitt ihres Impulsreferats zeigt Friederike Maier, dass das Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft, durch Regulierungen des Kapitalismus „Wohlstand für alle“ zu erreichen, nicht eingelöst wurde. Daran sind einseitige Theoriegebäude, die etwa gemeinschaftliches/öffentliches/staatliches Engagement diffamieren und begrenzen, ebenso schuld wie „Ein weltweites Netz an politischen und ökonomischen „Influencern“, das die Konzepte der Deregulierung, der Privatisierung, des Rückzugs des Staates aus der Daseinsfürsorge, den Abbau der sozialen Sicherungssysteme, den Abbau staatlicher Handlungsfähigkeit durch Verzicht auf Steuereinnahmen einerseits und Schuldenbremse/Haushaltskonsolidierung andererseits propagiert und letztlich durchgesetzt hat“. „Alle wirtschafts- und sozialpolitischen Entwicklungen/Regulierungen haben eine Geschlechterdimension“, sie können Geschlechtergerechtigkeit zementieren oder zu ihrem Abbau beitragen. Bislang haben sich viele Entwicklungen und Regelungen zu Lasten von Frauen ausgewirkt. Es hat zwar auch die soziale Ungleichheit zwischen Frauen zugenommen, „aber in allen gesellschaftlichen Schichten bleibt ein Gender Gap: im Einkommen, im Vermögen, in der Alterssicherung, in der Zeitverwendung“. Ein wesentliches Merkmal ist, dass Frauen in besonderer Weise auf einen funktionierenden öffentlichen Sektor angewiesen sind.

Es ist: „Time for a Change“ – und hier ist Friederike Maier optimistisch, weil

- Geschlechterverhältnisse in der aktuellen Krise mehr angesprochen werden als in früheren Krisen, allerdings fehlt ein geschlechterpolitisches Leitbild (analog Klimawandel)
- Frauen heute eher bereit für Veränderungen sind und gleichberechtigte Lebensentwürfe stärker verfolgen
- Geschlechtergerechtigkeit Teil vieler alternativer Politikvorschläge ist
- es einen relativ breiten Konsens über den Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung und der Ganztagschulen gibt, allerdings fehlt die Umsetzung.

Als zentrale Vorschläge/Forderungen hebt Friederike Maier hervor:

- Die Entwicklung eines geschlechterpolitischen Leitbildes.
- Den Begriff Soziale Marktwirtschaft und sein Versprechen „Wohlstand für alle“ als Formel übernehmen, diese Formel aber so umsetzen, dass tatsächlich **alle** gemeint sind und erreicht werden: Geschlechtergerecht, Generationen-übergreifend, inklusiv.
- Den zentralen Bereich der Betreuung von Kindern in Kitas und Ganztagschulen ausbauen.

Nachfragen:

Ein Teil der Antworten auf Nachfragen aus dem Online-Plenum, z.B., ob Änderungen der Marktwirtschaft denn mit den politischen Parteien möglich seien, wird für die Podiumsdiskussion aufgehoben. Eine Teilnehmerin weist auf die warnenden Stimmen zu Deregulierungs-Prozessen, etwa vom DGB oder aus der Forschung, hin.

Professorin Dr. Aysel Yollu-Tok: „Geschlechtergerechtigkeit in der Wirtschafts- und Sozialpolitik“

Aysel Yollu-Tok greift die Informationen über die Regulierung des Kapitalismus durch Elemente der Sozialen Marktwirtschaft auf und stellt das Zusammenspiel von Wirtschafts- und Sozialpolitik und das Repertoire der Sozialpolitik durch rechtliche Bestimmungen (regulative Politik), Geld (distributive Politik) und das Vorhalten einer Infrastruktur dar. Sie weist daraufhin, dass das in Marktmodellen dargestellte Gleichgewicht in der Realität allerdings nicht klappt. Dafür ist das geschlechtsbezogene Ergebnis des Zusammenspiels von Wirtschafts- und Sozialpolitik ein gutes Beispiel. Die z.T. mit neuesten Zahlen unterfütterten Beispiele der ökonomischen Benachteiligung von Frauen so kompakt in den Zusammenhang gestellt, lassen dann doch aufhorchen:

- Gender Pay Gap: 20% für 2019, wobei drei Viertel der Lücke auf strukturelle Ungleichheiten zurückzuführen sind; zwei Drittel der abhängig beschäftigten Frauen verdienen nicht genug, um ihre Existenz langfristig zu sichern.
- Gender Lifetime Earning Gap: 45% in West und 40% in Ostdeutschland; aus den Jahrgängen 1975 – 1985 verdienen Mütter 62% (West) bzw. 48% (Ost) weniger als Väter. In den Jahrgängen bis 1974 ist z.B. das Lebenserwerbseinkommen von Akademikerinnen im Westen vergleichbar mit dem gering qualifizierter Männer!!! Akademikerinnen jüngerer Jahrgänge (Ost und West) erzielen ein ähnliches Lebenserwerbseinkommen wie mittelqualifizierte Männer.
- Gender Care Gap: Frauen leisten im Durchschnitt 52% mehr unbezahlte Sorgearbeit am Tag als Männer (das sind Zahlen aus 2012/13).
- Gender Care Share: In Paarhaushalten leisten Frauen 66% der unbezahlten Sorgearbeit.
- Gender Pension Gap: 49% (Zahlen von 2019 aus dem Alterssicherungsbericht 2020); das gilt über alle drei Säulen der Alterssicherung; 55% in West- und 23% in Ostdeutschland. Entscheidend sind dabei Erwerbs- und Familienbiografien; die Rentenlücke steigt mit der Anzahl der Kinder deutlich an.

Diese Fakten müssen bewusst sein, müssen zentral im gesellschaftspolitischen Aushandlungsprozess für Geschlechtergerechtigkeit in der Erwerbs- und Sorgearbeit mitgedacht werden.

Dabei reicht es nicht, „Stellschrauben“ nur in einem Handlungsfeld zu drehen, denn die Handlungsfelder greifen wie Zahnräder ineinander: Berufswahl (Stereotype Vorstellungen sind schon bei 6jährigen abgeschlossen); Gleichstellung in der abhängigen Erwerbsarbeit (Unterschiede der Karriere entwickeln sich insbesondere mit der Geburt des 1. Kindes); Infrastruktur Kinderbetreuung incl. Ganztagschulen; Infrastruktur Pflege von Angehörigen; Wiedereinstieg in die Erwerbsarbeit (hier gibt es keine strukturelle Förderung, sondern die Förderung einzelner Projekte zur Unterstützung des Wiedereinstiegs); Weiterbildung (wird weniger von Frauen in Anspruch genommen, es fehlt ein präventiver Rechtsanspruch); Beitragsfreie Mitversicherung; Ehegattensplitting; Minijobs.

Alle diese Handlungsfelder müssen auf geschlechtsspezifische „Fallstricke“, „ökonomische Fehlanreize“ und vor allem auf „Gelegenheitsfenster“ für strukturelle Änderungen auf dem Weg zu einer gerechten Wirtschafts- und Sozialpolitik überprüft werden.

Aysel Yollu-Tok schließt ihren Vortrag mit Forderungen für ausgewählte Handlungsfelder:

Rechtliche Vorschriften:

- Förderung einer öffentlichen Debatte über die Vorstellungen von „Vollzeit“
- Einführung eines Wahlarbeitszeitgesetzes
- Rechtsanspruch auf Mobile Arbeit
- Entgelttransparenzgesetz weiterentwickeln (u.a. durch Standardisierung der Berichtspflichten)
- Relaunch Arbeitsbewertungsverfahren zur Aufwertung erwerbsförmiger Sorgearbeit (z.T. noch aus den 70er Jahren BRD); es fehlen z.B. Soziale Kompetenz, Digitale Kompetenz

Öffentliche Finanzierung von Arbeitszeitreduzierungen oder Erwerbsunterbrechungen:

z.B. Flexible Zeitbudgets für Eltern minderjähriger Kinder und pflegende Angehörige

Infrastruktur:

Infrastruktur für Kinderbetreuung quantitativ und qualitativ weiterverbessern und geschlechtergerechte Pflegeinfrastrukturen schaffen

Nachfragen:

Es gab Nachfragen insbesondere zu neueren Studien über Entgelte, Steuern und Digitalisierung; zu letzteren wurde auf eine Studie von Sabine Pfeiffer zu Digitalisierung als Distributivkraft hingewiesen. Generell aber fehlen zu vielen Aspekten aktuelle Studien.

Und eine Teilnehmerin fragt/weist daraufhin, dass die Pandemie möglicherweise Auswirkungen auf die künftige Berufswahl haben könnte.

Das Online-Podium

Helga Hentschel schlug den Parteien-Vertreterinnen vor, in zwei Runden auf folgende Fragen einzugehen:

Was nehmen wir von den Impulsreferaten auf?

Wie ließen sich diese Vorschläge/Forderungen umsetzen?

Dabei ist klar, dass die beiden Parteien-Vertreterinnen wegen des Umfangs und der Komplexität des Themas und des sehr begrenzten Zeitbudgets nur jeweils einzelne Aspekte aufgreifen können.

Was nehmen wir von den Impulsreferaten auf?

Barbara Baumbach dankt für die Einladung zu diesem wichtigen Thema. Ihrer Meinung nach „schreien diese Inputs nach Veränderungen“.

Als Politikerin und als Referentin für kommunale Entwicklungspolitik im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung möchte sie auf zwei wesentliche Entwicklungen hinweisen:

Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen, 2015 verabschiedet. Das Ziel 5 der nachhaltigen Entwicklungsziele heißt: „Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen“.

In der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie sind zentrale Handlungsaufträge für die 17 Nachhaltigkeitsziele in den Bereichen Ökonomie, Ökologie und Soziales formuliert. Für die Umsetzung bedarf es Anstrengungen vor allem auf der lokalen Ebene. Die Bertelsmann Stiftung hat gemeinsam mit acht Partnern ein Nachhaltigkeitsmanagement für Kommunen, einschl. Indikatoren zur Messung der Zielerreichung, entwickelt, wozu natürlich auch der Abbau von Ungleichheiten, die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit gehört.

Als Vertreterin der Frauen Union der CDU ist ihr die Überprüfung folgender Bereiche im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit wichtig:

- Auswirkungen des Einsatzes staatlicher Mittel auf die Gleichberechtigung, insbesondere aktuell geschlechtergerechte Ausgaben in der Corona-Krise
- Die Situation in ausgewählten Branchen, insbesondere in den Gesundheitsberufen
- Die sozialen Sicherungssysteme
- Eine stärkere Tarifbindung
- Sog. Frauenberufe
- Minijobs

Aber neben der Überprüfung von Benachteiligungen muss es auch ein System von Anreizen geben, die den Gemeinschaftsgedanken fokussieren.

Ihr habe die Aussage von Friederike Maier sehr gefallen, dass Soziale Marktwirtschaft für alle da sei. In der Realität müssten Frauen in der Marktwirtschaft sichtbarer werden. Es müsste gefragt werden, warum die meisten Start-ups von Männern gegründet werden. Warum Frauen in der Regel keinen Zugang zu mehr Kapital haben. Warum überwiegend Frauen in den Gesundheitsberufen arbeiten. Die Gleichberechtigung von Männern und Frauen sei längst noch nicht erreicht.

Derya Çağlar stellt sich als Abgeordnete (seit 2016) für den Neuköllner Wahlkreis 4 und als Gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD vor. Sie dankt für die Einladung und die Informationen und Anregungen durch die Impulsreferate. Besonders alarmiert habe sie die Information, dass das Lebenserwerbseinkommen von Akademikerinnen der Jahrgänge bis 1974 im Westen vergleichbar mit dem gering qualifizierter Männer sei.

Als Landespolitikerin ist ihr insbesondere eine unterstützende Infrastruktur wichtig. Sie selber habe als „Aufsteigerin“ in ihrem Volkswirtschaftsstudium von dem - einst von der SPD eingeführten - Bafög profitiert. Sie betont, dass Geschlechter- und Familienpolitik Querschnittsthemen sind.

Es sind vor allem folgende Bereiche, die sie hervorheben möchte:

- Auch als Mutter von zwei kleinen Kindern liegt ihr die Bildung und Betreuung von Kindern besonders am Herzen. In Berlin hat es hier in der laufenden Legislaturperiode eine Reihe von weiteren Verbesserungen gegeben: Weiterer Ausbau der Kitaplätze, Abschaffung aller Kita-Beiträge 2018; Investitionen von 239 Millionen Euro in die pädagogische Qualität; 5,5 Milliarden für Schulen: Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit; kostenlose Hortbetreuung für die Klassenstufen 1 und 2.; BVG-Schüler:innen-Ticket und: Ein Familienförderungsgesetz ist auf den parlamentarischen Weg gebracht worden.
- Die Pandemie habe die Schwächen der Wirtschaftspolitik deutlich gemacht und gezeigt, wie relevant die Leistungen, etwa der Frauen an der Kasse, der Pflegekräfte seien. Diese

Leistungen müssen endlich angemessen entlohnt werden. Der Versuch, höhere Mindestlöhne für Pflegekräfte zu vereinbaren, sei leider an der Caritas gescheitert.

- Geänderte Arbeitssituationen: Sie wisse sehr genau, welche Anforderungen Arbeiten im Home Office mit kleinen Kindern stellt und dass das nicht überall so partnerschaftlich laufen kann. Über allgemeine Auswirkungen der Pandemie auf Familien in Berlin wird die in Auftrag gegebene Wissenschaftliche Studie bald Auskunft geben.

Wie ließe sich das umsetzen? Wie werden wir stärker? Wie können wir überparteilich aktiv werden?

Für **Derya Çağlar** ist der entscheidende Hebel ein im Bundestag zu beschließendes Paritätsgesetz.

Für **Barbara Baumbach** ist die von der GroKo auf den Weg gebrachte Bundestiftung Gleichstellung schon ein wichtiges Instrument. Es sei wichtig, Netzwerke zu bilden. Der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz 1996 war das Ergebnis gemeinsamer Anstrengungen. Dabei ist es wichtig, auch die Männer einzubeziehen, Gleichstellung geht alle an. Es sollten Anreize für Männer geschaffen werden, sich z.B. mehr für Pflegeberufe und Familienarbeit zu engagieren. In Schweden und Irland finden sich da gute Beispiele. Und es sollte für Jungen und Mädchen mehr andere Berufsbeispiele geben, schon in Kinderbüchern, z.B. eine „Feuerwehfrau“.

Diskussionspunkte aus dem Chat

Pia Kaiser fasst Diskussionspunkte aus dem Chat zusammen:

- Welche Chance hat eine geschlechtergerechte Soziale Marktwirtschaft im Parteienspektrum, eine Frage, die sich mit der Frage nach dem Einfluss von Digitalisierung verbinden ließe
- Verhältnis vom Kapitalismusbegriff zu unserer heutigen sozialen Marktwirtschaft
- Erreichen von Entgeltgleichheit, wenn Frauenberufe oft als Niedriglohnberufe bewertet sind
- Bessere Bedingungen für eine geschlechtergerechte Sorgearbeit
- Auswirkungen der Pandemie auf Frauenberufe

Moderation von Fragen und Antworten im Plenum

Aysel Yollu-Tokist optimistisch, dass die Digitalisierung ein Gelegenheitsfenster für Geschlechtergerechtigkeit ist. Insbesondere muss der Kampf gegen die Diskriminierung durch Algorithmen aktiv gestaltet werden.

Friederike Maier betont, dass Überparteilichkeit wichtig ist, nicht nur aus frauenpolitischer Sicht! Probleme wie die Mindestloohnerhöhung (die insbesondere Frauen helfen würde), wie die Abschaffung von Minijobs in der gegenwärtigen Form (keine soziale Sicherung, z.B. kein Kurzarbeitsgeld) müssen überparteilich angegangen werden. Es wäre nötig, 3 bis 4 substantielle Probleme in ihren negativen oder möglichen positiven Entwicklungen zu identifizieren und ausgewählte Handlungsfelder ressortübergreifend zu bearbeiten.

Cansel Kiziltepe, MdB SPD, dankt der ÜPFI für die Veranstaltung. Vieles, was heute hier besprochen wird, wie Rente und Mindestlohn, sind monetäre Probleme, die sie auch im Finanzausschuss des Bundestages verfolgt. Sie hoffe, dass die morgen zu beschließende Bundestiftung Gleichstellung hier gleichstellungspolitische Strategien entwickelt. Frauen müssen sich stärker im Finanzbereich engagieren, dort, wo die Macht konzentriert ist.

Sie nimmt einen Hinweis von Helga Hentschel, dass es das Instrument Gender Budgeting, bei dem das Land Berlin führend ist, auf Bundesebene noch nicht gibt, auf und fordert die Einführung von

Gender Budgeting auch auf Bundesebene.

Auch sie betont als wichtiges Element für geschlechtergerechte Marktwirtschaft die Stärkung der politischen Teilhabe von Frauen. Zur Forderung nach Parität informiert sie, dass auf Bundesebene eine Kommission erarbeiten soll, wie mehr Frauen ins Parlament gelangen können; noch hat diese Kommission aber nicht getagt. Sie verweist auch auf das Berliner Netzwerk Parität.

In das Ehegattensplitting werden die Frauen hineingedrängt.

Und die Mitversicherung in den Krankenkassen ist auch ein Fehlanreiz. Die Minijobs, die es nur in Deutschland gibt, gehören in dieser Form – ohne Sozialversicherung – abgeschafft.

Marianne Munzel, Messe Berlin und Mitfrau der ÜPFI, fordert übergreifende strategische Allianzen. Sie fragt, was eigentlich Ursache und was Wirkung ist; sind bestimmte Berufe schlecht bezahlt, weil Frauen darin arbeiten? Aysel Yollu-Tok bestätigt, dass es eine Studie gibt, die Hinweise darauf gibt, dass Berufe sukzessive schlechter bezahlt werden, je höher der Anteil der Frauen sich entwickelt. Auch **im Chat** wird zum Thema Entgelte für Frauen, insbesondere in „abgewerteten“ Frauenberufen nachgefragt.

Derya Çağlar betont, dass Gleichstellung in den Aufsichtsräten der Berliner Landesbetriebe weitgehend erreicht ist.

Um Ungleichheiten in den Entgelten sichtbar zu machen, möchte die SPD in den Landesbetrieben einen Entgelt-Check einführen. Um Gender Budgeting weiter zu entwickeln, soll eventuell ein eigenes Referat eingerichtet werden.

Barbara Baumbach knüpft an die Information, dass die Bewertung der Arbeitsplätze aus den 70er Jahren stammt, an und fordert eine Neubewertung auch unter Einbeziehung der Anforderungen durch Digitalisierung. Eine stärkere Tarifbindung ist nötig. Minijobs in dieser Form führen in die Altersarmut. Frauen sind generell gut ausgebildet, sie müssen verstärkt in Führungspositionen kommen. Wir brauchen in bestimmten Branchen Quoten!

Dr. Christine Rabe, Vorsitzende des Landesfrauenrat Berlin, dankt der ÜPFI für die Veranstaltung und weist auf viele Stellschrauben hin, die bewegt werden müssen, vor allem ein Paritätsgesetz, Entgeltgleichheit auch in der Privatwirtschaft. Sie hebt noch einmal hervor, dass es ihrer Ansicht nach ein umfassendes Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft braucht– beendet ihr Statement mit der Frage, ob dies eine Chance haben kann.

Karin Reichel vermittelt ein Statement von **Brigitte Triems**, Vorsitzende des Demokratischen Frauenbunds e.V., (da war das Mikro ausgefallen). Brigitte Triems weist daraufhin, dass Armut und Ausgrenzung von Frauen zugleich ein Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe insgesamt bedeutet!

In ihren **Abschluss-Statements** unterstreichen die Referentinnen einige Forderungen:

- Frauen als Gründerinnen müssen unterstützt, der Zugang zu Kapital ermöglicht werden
- Es sollte eine Quotierung der Fördermittel geben
- Die Segregation von Frauen- und Männerberufen muss beendet werden
- Gender Budgeting muss aktiv – auch im Bund – angegangen werden

Helga Hentschel dankt den Referentinnen und Politikerinnen und allen, die via Chat oder Wortmeldungen mitgemacht haben, für die so spannende und informative Diskussion. Sie empfiehlt einen kritischen Blick in die Wahlprogramme und gibt das Wort zurück an die Sprecherin der Überparteilichen Fraueninitiative.

Dank und erstes Resümee

Carola von Braun: Unsere Veranstaltung geht nun zu Ende. Wir haben viel gelernt! Von allen wichtigen Aspekten und Forderungen, die heute eingebracht wurden, kann ich jetzt nur eine Auswahl von wenigen Punkten aufführen, die sich mir persönlich besonders eingeprägt haben.

Prof.in Friederike Maier hat uns nicht nur klar gemacht, wie viele Herausforderungen politisch auf der Hand liegen: von der öffentlichen Bereitstellung einer ausreichenden Care-Infrastruktur bis zur Steigerung des Mindestlohns, der viel mehr Frauen betrifft als Männer. Für alle von ihr erwähnten weiteren Forderungen ist Überparteilichkeit eine Chance. Die Entwicklungen der letzten Jahre zeigen, dass Hoffnung auf Veränderungen berechtigt ist und dass diese Entwicklungen Mut machen für unsere Anliegen.

Von dem ebenso anregenden und informativen Vortrag von Prof.in Aysel Yollu-Tok ist mir/uns ganz besonders wichtig: ihre Forderung nach einem „Relaunch der Arbeitsbewertung“. Wir alle wissen: ohne eine Aufwertung der schlecht bezahlten hochqualifizierten Tätigkeiten, z.B. in den Gesundheits- und Sozialberufen, ist Gender-Gerechtigkeit nicht denkbar.

Unsere beiden Parteivertreterinnen Derya Çağlar (MdA SPD) und Barbara Baumbach (CDU-Frauen Union) zeigten deutlich, dass es noch Unterschiede zwischen den Parteiprogrammen, dass es aber doch übergeordnete Gemeinsamkeiten gibt. Zwei Beispiele: Derya Çağlar wies daraufhin, was alles bereits erreicht sei, wo aber die Schwächen in der Wirtschaftspolitik durch die Pandemie noch klarer geworden sind – dass z.B. die sogenannten „systemrelevanten Berufe“ dringend aufgewertet werden müssen. Barbara Baumbach verwies auf die Agenda 2030 der UN, die 17 Nachhaltigkeitsziele stehen für konkrete Schritte zur Veränderung in jedem Land, in jeder Stadt. Sie stehen für eine Zukunft, die wir wollen und die die Bekämpfung der Ungleichheit zum Ziel hat. Klar sei aber auch, dass Fortschritt nachhaltig sein muss, und dass z.B. für die Aufwertung der Frauenberufe Anreize geschaffen werden müssen.

Alle diese Beiträge haben wieder deutlich gemacht, dass nur überparteiliche Zusammenarbeit Erfolge bringen kann für mehr Gendergerechtigkeit.

Wir als Überparteiliche Fraueninitiative haben das in unserer bald 30-jährigen Geschichte bei etlichen Themen bewirken können: z.B. als wir vor bald 10 Jahren erreicht haben, dass das Abgeordnetenhaus von Berlin sich zum ersten Mal mit der zunehmenden Problematik der Wohnungs- und Obdachlosigkeit von Frauen befasste. Viele weitere Beispiele für die Bedeutung und den Erfolg von überparteilicher Zusammenarbeit können Sie aus unserer Website ersehen.

Wir bedanken uns bei allen Frauen, die zum Gelingen der Veranstaltung aktiv und im Hintergrund beigetragen haben: insbesondere bei unseren Vorstandskolleginnen **Christel Wietusch und Eva-Maria Nicolai** und unseren Kooperationspartnerinnen im **Frauencomputerzentrum Berlin**.

Ich danke unserer Vorstandskollegin **Pia Kaiser** für die Moderation des Chat-Verlaufs.

Ein besonderer Dank gilt **Helga Hentschel**, die in ihrer Gesamt-Moderation die einzelnen Beiträge aus den verschiedenen „Ebenen“ so knapp und übersichtlich zusammengefügt hat.

Gerne machen wir aufmerksam auf die kommende zweite Veranstaltung unseres Zyklus „Wann kommt die geschlechtergerechte Soziale Marktwirtschaft?“

Da beschäftigen wir uns mit der Frage, welche Instrumente für eine Neugestaltung von geschlechtergerechten Erwerbsbiografien vorstellbar sind.

Sie findet am 23.06.2021 statt. Danke für Ihr Interesse und Ihre Teilnahme. Bis demnächst!